

DIE MUSLIMBRUDERSCHAFT IN ÄGYPTEN: HÜRDENREICHER WEG ZUR MACHT

Zahlreiche Beobachter erwarten, dass die Muslimbruderschaft in Ägypten nach dem erzwungenen Rücktritt Mubaraks eine politisch zentrale Rolle einnehmen wird. Im Vorfeld der angekündigten Wahlen sieht sich die Gruppierung jedoch mit Herausforderungen konfrontiert. Intern droht eine Fragmentierung. Extern erwächst der Muslimbruderschaft zunehmend Konkurrenz durch die Salafisten. Dennoch dürfte die Bruderschaft bei den Wahlen gut abschneiden. Für den Westen scheint eine pragmatische Politik des Dialogs und der Einbindung sinnvoll.



Bald Regierungsverantwortung? Führende Vertreter der Muslimbruderschaft an einer Pressekonferenz in Kairo, 30.11.2010. REUTERS/Amr Dalsh

Mit der Revolution von Anfang 2011 hat Ägypten Neuland betreten. Zum ersten Mal in seiner Geschichte scheint ein echt demokratisches System in greifbarer Nähe. Derzeit wird das Land vom Obersten Militärregiment regiert, das aus 20 hochrangigen Militärs besteht. Für die kommenden Monate sind Parlaments- und Präsidentschaftswahlen angesetzt. Die ägyptische Bevölkerung sieht diesen mit einer Mischung aus Vorfreude und Besorgnis entgegen.

Unter den zahlreichen politischen Kräften, die in dieser turbulenten Phase politischen Einfluss erringen wollen, sticht die Muslimbruderschaft hervor. Seit ihrer Gründung 1928 bemüht sich die Bruderschaft um die Verbreitung eines allumfassenden Islam in der ägyptischen Gesellschaft, der

alle Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens bestimmt. Darin sieht sie das adäquate Mittel zur Abwehr der negativen, westlichen Einflüsse auf die Politik und die Kultur Ägyptens. Traditionellerweise fordert die Bruderschaft den Aufbau eines islamischen Staats von unten. Die friedliche Islamisierung einer Mehrheit der Gesellschaft soll nach und nach automatisch zu diesem Ziel führen. Inzwischen sind jedoch verschiedene Anführer von dieser Vorstellung teilweise abgerückt und fordern nur noch einen zivilen Staat mit islamischem Bezugsrahmen.

Die Muslimbruderschaft ist in der Gesellschaft fest verwurzelt. Sie verbreitet ihre Ansichten über eine weit verzweigte Struktur aus Moscheen, Wohltätigkeitsor-

ganisationen und sozialen Einrichtungen. Über Ägypten hinaus hat ihre Botschaft weltweit islamistische Bewegungen beeinflusst. Heutzutage repräsentiert die Bruderschaft auch eine globale ideologische Bewegung.

Seit der Gründung der Bruderschaft versuchten einzelne Fraktionen immer wieder, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Dies führte wiederholt zu Konfrontationen mit dem ägyptischen Staat. Unter Gamal Abdel Nasser wurde die Muslimbruderschaft verfolgt und beinahe ausgelöscht. In den späten 1960er-Jahren verzichteten einflussreiche Führungsmitglieder auf eine gewaltsame Strategie gegen das Regime und konzentrierten sich stattdessen auf eine Verbreitung ihrer Botschaft an der gesellschaftlichen Basis. Obwohl offiziell verboten, fand die Muslimbruderschaft in der Folge einen Modus Vivendi mit der Regierung und nahm in der Folge am politischen und sozialen Leben Ägyptens teil.

Interne Differenzen

Die Muslimbruderschaft hat sich erst spät und nur am Rand an den Protesten gegen das Mubarak-Regime beteiligt. Doch während die liberalen Aktivisten, die die Protestbewegung angeführt hatten, weiterhin fragmentiert sind und die Dynamik der Revolution nicht in eine geeinte, politische Kraft ummünzen konnten, machte die Bruderschaft rasch Boden gut. Im April gründete sie die «Partei für Freiheit und Gerechtigkeit» (FJP) und nimmt mit ihr zum ersten Mal offen an Wahlen teil. Die existierenden Umfragen sind wenig verlässlich, doch gehen Beobachter davon

aus, dass die Bruderschaft aufgrund ihrer politischen Erfahrung und ihrer breiten Basis viele Stimmen für sich gewinnen kann. Experten rechnen mit einem Stimmenanteil von ca. 20 bis 30 Prozent.

Die Gründung der FJP hat allerdings auch zu Spannungen innerhalb der Bruderschaft geführt. Einige prominente Mitglieder widersetzten sich der Vorgabe der Führung, sich keiner anderen Partei als der FJP anzuschliessen, und gründeten ihre eigenen politischen Bewegungen. So riefen Ibrahim al-Zafarani und Mohammed Habib die Al-Nahda-Partei ins Leben, während jüngere Muslimbrüder, die sich aktiv an der Revolution beteiligt hatten, Al-Tayyar al-Masri und andere kleinere Gruppierungen gründeten. Abdel Moneim Aboul Fotouh, ein weiteres Führungsglied, kündigte gar seine Präsidentschaftskandidatur an und engagierte Aktivisten für seine Kampagne.

Die Führung der Bruderschaft reagierte unflexibel und schloss alle Mitglieder aus, die sich ihren Anweisungen widersetzten. Diese heftigen Auseinandersetzungen gaben zu Vermutungen Anlass, die Bruderschaft könne an diesem internen Zwist zerbrechen. Spekulierte wurde auch darüber, ob die Dissidenten aus ideologischen Gründen oder aus Unzufriedenheit mit der internen Bürokratie aus der Bruderschaft ausscheren.

Die Revolution hat jedoch nur die Differenzen aufbrechen lassen, die bereits seit Jahren vor sich hin schwelen. Ein zentrales Problem der ägyptischen Bruderschaft ist der Generationenkonflikt. Die Gruppierung wird von einer alternden Führungsriege dominiert, die vor allem aus Überlebenden der Verfolgungen während der Nasser-Ära besteht. Die internen Entscheidungsprozesse sind intransparent. Herausgefordert wird die Führung von Vertretern der Generation der Vierzig- bis Fünfzigjährigen, welche um einen Aufstieg innerhalb der Organisation kämpfen. Schliesslich gibt es noch die Mitglieder zwischen 20 und 30, die an der Revolution teilgenommen haben.

Es steht ausser Frage, dass zwischen der alten Führungsriege und den jüngeren Generationen ideologische Differenzen existieren. Im Zentrum des Konflikts stehen jedoch die Auseinandersetzungen um die Leitung und das Management der Bruderschaft. Ehrgeizige, jüngere Aktivisten sind zunehmend frustriert darüber, dass ihr



Aufstieg innerhalb der Organisation von den undurchsichtigen Machenschaften einer überalterten Führung abhängt.

Begrenzte Relevanz

Das Aufbrechen der internen Differenzen als fundamentale Rebellion der Jungen zu interpretieren, die zu einem Auseinanderbrechen der Bruderschaft führt, ist aus drei Gründen unzutreffend bzw. verfehlt. Erstens haben die neuen, von ehemaligen Mitgliedern gegründeten politischen Kräfte wenig Chancen, in der ägyptischen Wählerschaft grossen Zuspruch zu finden. Die meisten sind der breiten Öffentlichkeit praktisch unbekannt. Zudem verfügen sie nicht über die bedeutenden finanziellen und personellen Ressourcen wie die Bruderschaft. Die Parteiprogramme setzen sich vor allem aus Plattitüden zusammen und unterscheiden sich auch damit kaum von dem ebenfalls vagen Programm der FJP. Es ist unwahrscheinlich, dass islamistische oder religiös konservative Wähler diese neuen Gruppierungen einer etablierten Organisation wie der Bruderschaft vorziehen.

Zweitens verhindern persönliche Überlegungen zahlreiche Aktivisten daran, ihre Unzufriedenheit deutlich zu artikulieren und daraus die Konsequenzen zu ziehen. Die Bruderschaft ist für viele ihrer Mitglieder nicht bloss eine politische Bewegung, sondern ein zentraler Bestandteil ihres Lebens. Oft gehören bereits ihre Familien der Bruderschaft an. Die Neumitglieder durchlaufen fünf bis acht Jahre Ausbildung, bevor sie offiziell aufgenommen werden, sie heiraten innerhalb der Gruppe, sie erhalten eine Arbeit über Bruderschafts-Verbindungen und sie verbringen ihre Freizeit in kleinen lokalen Lerngruppen der Organisation. Vor diesem Hintergrund äussern viele

Mitglieder ihre Kritik höchstens vorsichtig in internen Gremien, um nicht zu riskieren, aus der Bruderschaft ausgeschlossen zu werden.

Drittens bemüht sich die Bruderschaft darum, intern für mehr Transparenz zu sorgen. Die Führungsspitze argumentiert zwar, dass es genau die jetzt kritisierte hierarchische und geheime Struktur gewesen war, die es der Gruppe ermöglichte hatte, 60 Jahre der Unterdrückung zu überstehen. Das frühere Regime wurde erst vor wenigen Monaten gestürzt, formal ist die Bruderschaft immer noch eine illegale Organisation. Niemand kann vorhersagen, wie sich die politische Situation in Zukunft entwickelt. Nach Ansicht ranghoher Mitglieder ist es ungerechtfertigt, die Bruderschaft zur Auflösung dieser Struktur aufzufordern und zu erwarten, dass sie wie eine normale politische Partei in einer etablierten Demokratie funktioniert. Dennoch kommt nun eine interne Debatte über die Organisation und das Management der Bruderschaft in Gang. Diese schreitet zwar nur langsam voran und hängt von den politischen Entwicklungen in Ägypten ab, doch trägt sie voraussichtlich zu einem Abbau der internen Spannungen bei.

Zentrale Bedeutung kommt einem weiteren Gesichtspunkt zu. Persönliche Rivalitäten und ideologische Differenzen haben die Bruderschaft seit ihren Anfängen charakterisiert. Wenn es jedoch um die Kernthemen geht, etwa um die Frage, wie eine ideale Gesellschaft auszusehen hat, dann sind die inhaltlichen Unterschiede gering. Die Bruderschaft ist in erster Linie eine Denkschule, die ihren Mitgliedern einen gemeinsamen Bezugsrahmen bietet. Langfristig werden die verschiedenen internen

Fraktionen bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen ihre persönlichen und ideologischen Differenzen tendenziell beiseitelassen. Sitzen sie einmal im Parlament, sei es gemeinsam unter dem Banner der FJP oder separat als Vertreter konkurrierender Parteien, werden die Vertreter des Umfelds der Muslimbruderschaft bei wichtigen Themen Einigkeit demonstrieren.

Externe Konkurrenz und Wahlstrategien

Seit dem Sturz von Mubarak sieht sich die Bruderschaft mit einem heiklen Balanceakt gegenüber anderen Gruppierungen konfrontiert. Die Gruppe hat sich insgesamt überraschend erfolgreich mit dem Militär arrangiert. Als schwieriger als erwartet erweist sich das Verhältnis zu einer Gruppe, mit der die Bruderschaft die ideologischen Wurzeln teilt: den Salafisten. Dabei handelt es sich um eine fundamentalistische, ultrakonservative Bewegung, die in den letzten zwanzig Jahren erheblich an Einfluss gewonnen hat: zum einen dank Spenden aus arabischen Golfstaaten, zum anderen durch die indirekte Unterstützung durch das Mubarak-Regime, das die Bewegung als Gegengewicht zur Muslimbruderschaft einsetzte.

Die Bewegung ist nicht gleich einheitlich und hierarchisch aufgebaut wie die Bruderschaft. Sie ist eher ein Sammelbecken verschiedenster doktrinär zersplitterter Gruppierungen. Einige Salafisten haben nach dem Sturz Mubaraks grosse Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Bemerkenswerter ist jedoch das plötzliche Interesse am politischen Prozess. In der Vergangenheit hatten Salafisten der Muslimbruderschaft trotz zahlreicher theologischer Gemeinsamkeiten wiederholt vorgeworfen, sie würde ihre Prinzipien zugunsten einer politischen Partizipation opfern. Nach der Revolution haben sich auch die meisten Salafisten an politischen Aktivitäten wie Parteigründungen oder der Veranstaltung von Demonstrationen beteiligt. Wie gross die Bewegung in Ägypten ist und wie salafistische Parteien in Wahlen abschneiden würden, lässt sich nicht vorhersagen. Die Salafisten sind zwar nicht so gut organisiert und politisch nicht so erfahren wie die Bruderschaft, ihr politischer Elan hat jedoch viele Beobachter – inklusive die Muslimbrüder – überrascht.

Das Verhältnis der Muslimbruderschaft zu den Salafisten ist ambivalent. Deren Aufschwung hat einerseits positive Folgen:

Die Präsenz einer radikalen und gelegentlich gewalttätigen Bewegung ermöglicht der Bruderschaft, sich abzugrenzen und gegenüber Wählern und internationalen Beobachtern als gemässigte und rationale Vertreter des Islamismus aufzutreten. Zudem hat die Bruderschaft ursprünglich damit gerechnet, dass die Salafisten entweder direkt für die FJP stimmen würden oder dass eine allfällige salafistische Vertretung im Parlament zuverlässig die FJP-Positionen unterstützen würde.

Allmählich nimmt die Bruderschaft das unerwartete Wachstum der Salafisten-Bewegung jedoch auch als Bedrohung wahr. Während die Muslimbrüder jedes ihrer Worte sorgfältig abwägen müssen, um weder das Militär, die gemässigten ägyptischen Wähler noch internationale Beobachter zu brüskieren, vertreten die Salafisten ihre Ansichten kompromisslos mittels einprägsamer Formeln wie soziale Gerechtigkeit oder islamischer Staat. Die Wahlstrategen der Bruderschaft befürchten, dass die Salafisten islamischer auftreten als sie selbst und mit ihrer demonstrativen Frömmigkeit und den eingängigen Botschaften wichtige Teile der Wählerschaft auf ihre Seite ziehen.

Dies stellt die Bruderschaft vor ein Dilemma: Soll sie mit der kompromisslosen Haltung der Salafisten konkurrieren, um die konservativste Wählerschaft für sich zu gewinnen, oder soll sie als moderne, demokratisch orientierte Kraft auftreten? Vermutlich wird die Muslimbruderschaft beides versuchen – mit ungewissen Erfolgsaussichten. Dies ist nur eines von zahlreichen Spannungsfeldern, mit welchen die Bruderschaft konfrontiert ist. Mit Blick auf die Zukunft ist sie auch daran interessiert, ein Gaza-ähnliches Szenario zu vermeiden. Damals wurde die Hamas nach ihrem Sieg bei den Wahlen 2006 von den meisten westlichen Mächten isoliert. Die Bruderschaft ist sich darüber im Klaren, dass sie – falls sie an die Macht kommt – bei der Umsetzung ihrer islamistischen Agenda die potenziellen Implikationen berücksichtigen muss.

Als Vorbild dient der Bruderschaft die türkische Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), die ebenfalls über einen islamistischen Hintergrund verfügt. Dieser prägt die Politik der AKP, seit sie 2002 an die Macht kam. Die Beziehungen der AKP zum türkischen Militär und zum Westen sind von Spannungen geprägt, aber solid, und die Regierungspartei sitzt fest im

Sattel. Trotz der zahlreichen sozialen und politischen Unterschiede zwischen Ägypten und der Türkei will die Muslimbruderschaft von den Erfahrungen der AKP profitieren. Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der AKP ist für die Muslimbrüder dabei von besonderem Interesse, da sie genau wissen, dass der Wiederaufbau der ägyptischen Wirtschaft in naher Zukunft höchste Priorität haben wird.

Ein Szenario ist, dass die Muslimbruderschaft in einer künftigen ägyptischen Regierung vorerst eine wenig prominente Rolle anstrebt, um negativen äusseren Druck zu vermeiden. Auch wenn solche Gedankenspiele erst nach den Wahlen mehr als Spekulation sind, könnte sich die Bruderschaft dafür entscheiden, die Präsidentschaft und Schlüsselressorts wie das Wirtschafts- oder das Aussenministerium bewusst zu vermeiden. Die Prioritäten lägen in einem solchen Fall eher bei Bereichen wie der Bildung oder bei sozialen Angelegenheiten. Das wichtigste Ziel der Bruderschaft ist traditionell die Islamisierung der Gesellschaft, die Politik ist der *Da'wa* (Predigt) untergeordnet. Für eine politisch erfahrene und berechnende Kraft wie die Muslimbruderschaft könnte es deshalb eine erfolversprechende Strategie sein, sich vorerst auf wenig spektakuläre gesellschaftliche Massnahmen zu konzentrieren, um negative Aufmerksamkeit zu vermeiden und die Umsetzung ihrer Vision sorgfältig vorzubereiten.

Optionen für den Westen

Die Situation in Ägypten ist zu labil und zu chaotisch, um verlässliche Prognosen auch nur für die kommenden Monate zu machen. Niemand weiss genau, wohin die erste Erfahrung mit echter Demokratie Ägypten führen wird. Man könnte argumentieren, dass die westliche Politik in diesem Klima der Unsicherheit vorerst abwarten sollte. Doch im Juni 2011 kündigte US-Aussenministerin Hillary Clinton die Aufnahme von begrenzten Kontakten zur Bruderschaft an. Die Europäische Union verfolgt schon seit längerem eine solche Politik. Ein vorsichtiger Dialog scheint ein pragmatischer Weg für den Umgang mit einer Gruppe, die im zukünftigen Ägypten wahrscheinlich eine grosse Rolle spielen wird. Das Gleiche sollte auch für andere gewaltfreie islamistische Bewegungen in den Ländern der Region gelten.

Die Erwartungen sollten jedoch tief gehalten werden. Es gibt gute Gründe für ein gewisses Mass an Skepsis gegenüber

der Bruderschaft. So hat sich Mohammed Akef, der ehemalige Anführer der Bruderschaft, im Juni 2011 in dem Sinn geäußert, dass das vorläufige Programm der Bruderschaft durch die FJP zum Ausdruck komme, dass das vollständige Programm aber erst offengelegt werde, wenn die Bruderschaft die vollständige Macht besitze und auch die Präsidentschaft übernommen habe. Diese Äusserungen wurden von medien-erfahrenen Mitgliedern der Bruderschaft zwar als nicht repräsentativ abgetan, dennoch schürten sie bei vielen Beobachtern Misstrauen.

Nach wie vor ist der Standpunkt der Bruderschaft zu Themen wie den Rechten von Frauen und von religiösen Minderheiten unklar. Zu noch grösserer Besorgnis geben die Ansichten zu ausserpolitischen Themen Anlass, speziell zum Verhältnis zu Israel und zum ägyptisch-israelischen Friedensabkommen. Die Feindseligkeit gegenüber Israel hat sich bei praktisch allen politischen Kräften in der Post-Mubarak-Ära akzentuiert und wird von einem Grossteil der ägyptischen Bevölkerung geteilt. Die Bruderschaft macht ihre anti-israelische Einstellung zu einem Grundpfeiler ihrer Weltsicht. Sie unterhält enge Beziehungen zur Hamas, dem palästinensischen Ableger der Bewegung. Angesichts der sich verschlechternden Beziehungen zwischen Israel und Ägypten haben die westlichen Entscheidungsträger im Hinblick auf eine möglicherweise von der Bruderschaft dominierte Regierung allen Grund zur Sorge.

Die zahlreichen Unklarheiten in Bezug auf die Standpunkte und die Absichten der Muslimbruderschaft lassen eine gewisse Zurückhaltung des Westens gerechtfertigt erscheinen. Eine Politik der Ausgrenzung und Sanktionen dürfte jedoch kontraproduktiv sein. Eine vorsichtige Dialog- und Einbindungspolitik auf der Basis von fundiertem Wissen über die Ideologie, die innere Struktur und die Arbeitsweise der Muslimbruderschaft scheint für westliche Verantwortungsträger derzeit die empfehlenswerteste Option.

I Verantwortlicher Editor:
Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

I Fachexperte für diese Ausgabe:
Lorenzo Vidino
vidino@sipo.gess.ethz.ch

I Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf ausserpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandsinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft zwischen russischem Einfluss und Westorientierung
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd
- Nr. 46: Frankreichs Weissbuch: Eine neue umfassende Sicherheitsstrategie
- Nr. 45: Wachsende Bedeutung ziviler Akteure in Gewaltkonflikten
- Nr. 44: Schweizer Aussenpolitik: Wandel und Klärungsbedarf
- Nr. 43: Atomstreit mit Iran: Stand und Optionen
- Nr. 42: Comprehensive Approach: Umfassende Ansätze im Krisenmanagement